

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 42 | 20.10.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNG

Andreas Hauer

Staats- und Verwaltungshandeln

ISBN 978-3-902883-34-6, 5. Auflage, XXI und 235 Seiten, Harteinband, 32 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 140/2017

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung von Wortfolgen in § 16 Abs. 1 des BFA-Verfahrensgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

BGBI I 141/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Zukunftsfonds-Gesetz** geändert wird (Zurverfügungstellung eines Betrags in Höhe von zwei Millionen Euro pro Kalenderjahr für den Zukunftsfonds zur Durchführung seiner Aufgaben beginnend mit 1. Jänner 2018 über einen Zeitraum von fünf Jahren)

BGBI I 142/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Einkommensteuergesetz 1988**, das **Körperschaftsteuergesetz 1988** und das **Studienförderungsgesetz 1992** geändert werden (Beseitigung von Redaktionsversehen; erhöhte Anforderungen für den Erwerb des Anspruchs auf ein Selbsterhalterstipendium ab dem Studienjahr 2018/19)

BGBI I 143/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus** geändert wird (Erweiterung des Aufgabenkatalogs des Nationalfonds; Entfall des § 2c Abs 4, da diese Regelung aus systematischen Gründen im neuen § 2a Abs 1 Z 5 getroffen wird)

[BGBl I 144/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Wohnbauförderungsbeitragsgesetz 2018** erlassen wird und das **Bundesgesetz über die Einhebung eines Wohnbauförderungsbeitrages** sowie das **Finanzausgleichsgesetz 2017** geändert werden (Wohnbauförderungsbeitrag als ausschließliche Landesabgabe mit voller Autonomie für die Länder hinsichtlich des Tarifs; Vorbehalt der Gesetzgebungskompetenz des Bundes beim Wohnbauförderungsbeitrag; Festlegung der Höhe des Tarifs durch die Landesgesetzgeber; begleitende Regelungen zur Verlängerung des Wohnbauförderungsbeitrags sowie Festlegung eines endgültigen Verteilungsschlüssel für das Jahr 2017; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Umsetzung des Beschlusses der Landesfinanzreferenten, einen Solidarbeitrag der Länder in Höhe von einer Million Euro pro Jahr zu den Kosten der Heimopferrenten zu leisten)

[BGBl I 145/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Asylgesetz 2005, das BFA-Verfahrensgesetz, das Grundversorgungsgesetz – Bund 2005 und das Grenzkontrollgesetz geändert werden (**Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017 – FrÄG 2017**) (Anpassung der fremdenrechtlichen Materien G an die Vorgaben zweier EU-RL; Festlegung eigener Straftatbestände mit jeweils erhöhtem Strafraum für bestimmte qualifizierte Formen des rechtswidrigen Aufenthalts bzw der rechtswidrigen Einreise; ausdrückliche Berücksichtigung einer allfälligen Straffälligkeit des betroffenen Fremden bei der Schubhaft; Einführung des Visum D „aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen“; Anpassung der höchstzulässigen Dauer der Schubhaft an die Vorgaben der Rückführungs-RL; Festlegung, dass bei straffälligen Asylberechtigten bereits bei Anklageerhebung, Betreten auf frischer Tat bei Begehung eines Verbrechens sowie Anordnung der Untersuchungshaft das Aberkennungsverfahren einzuleiten und binnen einem Monat zu führen ist; Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Migration)

[BGBl II 275/2017 \(Anlage1, Anlage2, Anlage3, Anlage 4\)](#)

Verordnung des Bundeskanzlers über die Grundausbildung für die Bediensteten des Ressortbereiches (**Grundausbildungsverordnung-BKA**)

[BGBl II 276/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Interventionsverordnung** geändert wird

[BGBl III 175/2017 \(Anlage\)](#)

Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik **Ghana** über bilaterale Kooperation im Bereich der Ausbildung durch **Entsendung** und **Finanzierung** von **Personal** an das „**Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre**“ (KAIPTC)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 265 v 14.10.2017, 1](#)

Richtlinie (EU) 2017/1852 des Rates vom 10. Oktober 2017 über Verfahren zur **Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten** in der Europäischen Union

[ABI L 269 v 19.10.2017, 39](#)

Beschluss (EU) 2017/1908 des Rates vom 12. Oktober 2017 über das **Inkraftsetzen** einiger Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über das **Visa-Informationssystem** in der Republik **Bulgarien** und in **Rumänien**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

21.09.2017, [G 105/2017 ua](#)

Oö LustbarkeitsabgabeG; LustbarkeitsabgabeO 2016 der Stadt Wels; Zurückweisung des Antrags des LVwG Oö auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit bzw Aufhebung von Bestimmungen des Oö LustbarkeitsabgabeG wegen **entschiedener Sache**; Zurückweisung bzw Abweisung des Antrags hinsichtlich von Bestimmungen der LustbarkeitsabgabeO 2016 der Stadt Wels; **Bedenken** im Hinblick auf eine **fehlende gesetzlichen Grundlage nicht zutreffend**

25.09.2017, [V 70/2016](#)

ArbeitsverfassungsgG; Satzung des Kollektivvertrags des Österreichischen Roten Kreuzes; Abweisung des – zulässigen – Parteiantrags auf Aufhebung der Satzung des Kollektivvertrags des Österreichischen Roten Kreuzes; **Kollektivvertragsfähigkeit** keine Voraussetzung für die **Erklärung eines Kollektivvertrags zur Satzung**, sondern Voraussetzung für die Antragstellung; bis dato keine Aberkennung der mit Bescheid zuerkannten Kollektivvertragsfähigkeit des Roten Kreuzes

26.09.2017, [G 347/2016](#)

B-VG; Wr Fiaker- und PferdewagenG; Abweisung des Individualantrags eines Fiakerunternehmens auf Aufhebung von Bestimmungen des Wr Fiaker- und PferdewagenG betreffend **Ausübungsbeschränkungen** beim Betrieb des Fiakergewerbes; kein Eingriff in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes; zulässige Beschränkung des Grundrechts auf Freiheit der Erwerbsbetätigung durch die – den Betrieb von Fiakerunternehmen in zeitlicher Hinsicht bzw im Hinblick auf bestimmte Wettverhältnisse einschränkende – Regelungen angesichts des öffentlichen Interesses am Tierschutz und an der Hintanhaltung von Gefahren und Beeinträchtigungen im Straßenverkehr; kein Verstoß gegen das Eigentumsrecht; Regelungen zur Zielerreichung geeignet, adäquat und auch sachlich begründbar

28.09.2017, [E 692/2017](#)

B-VG; BVG-Unterbringung; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Zurückweisung der Beschwerde der Stadt Wels gegen einen Bescheid des Innenministers in **Ausübung des Durchgriffsrechts** für die **Unterbringung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden** mangels Parteistellung einer Gemeinde nach dem BVG-Unterbringung; keine Gesamtänderung der Bundesverfassung

29.09.2017, [G 44/2017 ua](#)

Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb; keine Verletzung der Rechte auf Erwerbs(ausübungs)freiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Unverletzlichkeit des Eigentums sowie auf Gleichbehandlung durch das **Verbot von Bestpreisklauseln** in **Verträgen zwischen Buchungsplattformen und Beherbergungsunternehmen**; Eingriff in die Erwerbsausübungsfreiheit angesichts des öffentlichen Interesses an der Sicherung fairer bzw freier Wettbewerbsbedingungen gerechtfertigt; keine Unverhältnismäßigkeit; keine unsachliche Benachteiligung von Online-Buchungsplattformen gegenüber sonstigen Reisevermittlungsunternehmen; keine Überschreitung des rechtspolitischen Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers

10.10.2017, [G 181/2017](#)

B-VG; Buwog-Verfahren; Zurückweisung eines Parteiantrags mangels Antragslegitimation; Nichtvorliegen einer in erster Instanz entschiedenen Rechtssache

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

19.09.2017, [Ra 2017/01/0170](#); [Ra 2017/01/0171](#); [Ra 2017/01/0172](#); [Ra 2017/01/0173](#); [Ra 2017/01/0174](#)

StaatsbürgerschaftsgG; Bestätigung bzw Feststellung der **österreichischen Staatsbürgerschaft für fünf Südtiroler**; die Rw beriefen sich auf § 24 Staatsbürgerschaftsg 1925; die Bestimmung umfasste jedoch nur jene Personen, die durch die sogenannten „Minderheitenschutzverträge“, welche mit Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien abgeschlossen

worden waren, die österreichische Staatsbürgerschaft verloren hatten; sie betraf aber nicht Personen, welche die österreichische Staatsbürgerschaft durch den Staatsvertrag von St. Germain verloren hatten; keine automatische österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler

19.09.2017, [Ro 2017/20/0001](#)

VwGVG; wird der Bescheid innerhalb der Nachfrist von der säumigen Behörde nachgeholt, so ist das **Verfahren über die Säumnisbeschwerde** gem § 16 Abs 1 zweiter Satz VwGVG **einzustellen**; dies gilt sowohl bei fristgerechter als auch bei verspäteter Bescheiderlassung, weil das Gesetz als Tatbestandsvoraussetzung für die Einstellung des Säumnisbeschwerdeverfahrens die Erlassung des Bescheids bestimmt, ohne in diesem Zusammenhang zu differenzieren, ob der nachgeholt Bescheid noch innerhalb oder erst nach Ablauf der Dreimonatsfrist erlassen wurde

20.09.2017, [Ra 2017/11/0226](#)

FührerscheinG-GesundheitsVO; Einschränkung der Lenkberechtigung; vom Vorliegen eines „mittelschweren“ obstruktiven Schlafapnoe-Syndroms iSd § 12b FührerscheinG-GesundheitsVO kann nach dem Wortlaut des Abs 4 leg cit nur dann ausgegangen werden, wenn zusätzlich zur in dieser Bestimmung genannten Anzahl von Apnoen und Hypnoen beim Betroffenen auch eine „übermäßige Tagesmüdigkeit“ vorliegt; daran ändert auch der Halbsatz „sofern eine solche vorhanden war“ in § 12b Abs 2 Z 3 leg cit nichts

22.09.2017, [Ra 2017/02/0085](#)

ZustellG; nach § 15 Abs 1 ZustellG sind **Zustellungen an Soldaten**, die Präsenz- oder Ausbildungsdienst leisten, durch das unmittelbar vorgesetzte Kommando vorzunehmen; die Anordnung ist nicht dahingehend zu verstehen, dass den dort genannten Soldaten ausschließlich nach Abs 1 örtlich zugestellt werden müsse; vielmehr handelt es sich um eine **Sonderabgabestelle**, die der Kommandostruktur des Bundesheeres Rechnung trägt; § 15 Abs 1 leg cit schließt nicht aus, dass der betreffenden Person auch an eine andere in Betracht kommende Abgabestelle, wie etwa an ihrer Wohnung, zugestellt werden kann

25.09.2017, [Ra 2017/02/0135](#)

StraßenverkehrsO; die **Bestimmung des Blutalkoholgehalts** soll nur dort zum Zug kommen, wo die Durchführung eines Alkotests faktisch nicht möglich ist; allein die Vermutung, das Ergebnis des Alkotests könnte durch vor der Betretung vom Probanden verwendete Substanzen verfälscht werden, reicht für die Anordnung der Blutuntersuchung nicht aus; ergibt ein vermeintlich verfälschter Alkotest eine relevante Alkoholisierung, steht es dem Probanden frei, einen Bluttest durchführen zu lassen; gehen andererseits die Beamten beim Ergebnis einer Minderalkoholisierung von einer Verfälschung aus, steht es ihnen frei, den Probanden dem öffentlichen Sanitätsdienst zuzuführen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 27.06.2017, [W155 2133145-1](#)

StarkstromwegeG; die in § 24 StarkstromwegeG vorgesehene **Ministerzuständigkeit** kann nur dahingehend gedeutet werden, dass der einfache Gesetzgeber von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, auch im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung (ausnahmsweise) den Bundesminister als erste und einzige Instanz vorzusehen

BVwG 02.10.2017, [W120 2132567-1](#)

RundfunkgebührenG; im Fall der **Bestreitung der Gebührenpflicht** dem Grunde nach besteht eine **Verpflichtung** der belangten Behörde einen **Leistungsbescheid** mit konkretem Leistungsbefehl zu erlassen; dass die bf Partei die ihr vorgeschriebenen Beträge bezahlt hat, ändert in der konkreten Situation, in der das Bestehen der Gebührenpflicht dem Grunde nach bestritten wird und die Zahlung unter „Vorbehalt“ erfolgte an dieser Verpflichtung nichts

LVwG NÖ 20.09.2017, [LVwG-AV-675/001-2016](#)

NÖ NaturschutzG; Anschüttung von Bodenaushubmaterial auf einer Fläche von ca 1200 m²; für die **Bewilligungspflicht** gem § 7 Abs 1 Z 4 NÖ NaturschutzG ist es erforderlich, dass einerseits eine **Anschüttung** im Ausmaß von mehr als 1000 m² vorliegt und andererseits auf dem überwiegenden Teil „dieser Fläche“, also der tatsächlich angeschütteten Fläche, eine Ni-

veauänderung von mehr als einem Meter erfolgt; der Begriff „überwiegend“ ist iSv „mehr als 50 %“ zu interpretieren, womit sinnvollerweise „mehr als 50% der tatsächlich angeschütteten Fläche“ gemeint ist

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[17.10.2017, Rs C-194/16, Bolagsupplysningen und Ilsjan](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Nr 2 – **Besondere Zuständigkeit** für Verfahren, die eine unerlaubte Handlung oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder Ansprüche aus einer solchen Handlung zum Gegenstand haben – Verletzung von Rechten einer juristischen Person durch die **Veröffentlichung** von als **unrichtig gerügten Angaben** über sie im **Internet** und durch das **Unterlassen** der **Entfernung** sie betreffender **Kommentare** – **Ort** der **Verwirklichung** des **Schadens Erfolgs** – Mittelpunkt der Interessen dieser Person

[18.10.2017, Rs C-409/16, Kalliri](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 76/207/EWG – **Gleichbehandlung** von **Männern** und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen – Diskriminierung wegen des Geschlechts – Auswahlverfahren für den **Zugang zur Polizeischule** eines Mitgliedstaats – Regelung dieses Mitgliedstaats, die für alle Bewerber für die Zulassung zu diesem Auswahlverfahren eine **Mindestkörpergröße** vorschreibt

[19.10.2017, Rs C-231/16, Merck](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Unionsmarke – Art 109 Abs 1 – Zivilrechtliche Klagen aus Unionsmarken und aus nationalen Marken – **Rechtshängigkeit** – Begriff ‚**dieselben Handlungen**‘ – Verwendung des Begriffs ‚Merck‘ in Domainnamen und auf Social-Media-Plattformen im Internet – Klage aus einer nationalen Marke, gefolgt von einer Klage aus einer Unionsmarke – **Unzuständigkeitserklärung** – Umfang

[19.10.2017, Rs C-425/16, Raimund](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges und gewerbliches Eigentum – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 96 Buchst a – **Verletzungsklage** – Art 99 Abs 1 – Vermutung der Rechtsgültigkeit – Art 100 – **Widerklage** auf **Nichtigerklärung** – Verhältnis zwischen Verletzungsklage und Widerklage auf Nichtigerklärung – Verfahrensautonomie

[19.10.2017, Rs C-556/16, Lutz](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Zollunion** – Gemeinsamer Zollltarif – **Tarifierung** – Kombinierte Nomenklatur – Tarifpositionen – Unterposition 6212 20 00 (Miederhosen) – Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur – **Erläuterungen** zum **Harmonisierten System**

[19.10.2017, Rs C-531/15, Otero Ramos](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 92/85/EWG – Art 4 Abs 1 – **Schutz** der **Sicherheit** und der Gesundheit der **Arbeitnehmer** – Stillende Arbeitnehmerin – **Risikobeurteilung** des Arbeitsplatzes – Anfechtung durch die betroffene Arbeitnehmerin – Richtlinie 2006/54/EG – Art 19 – Gleichbehandlung – **Diskriminierung** aufgrund des **Geschlechts** – Beweislast

[19.10.2017, Rs C-65/16, Istanbul Lojistik](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei – Art 9 – Beschluss Nr 1/95 des **Assoziationsrats EG-Türkei** – Art 4, 5 und 7 – **Zollunion** – Straßentransport – Kraftfahrzeugsteuer – **Besteuerung** von in der Türkei zugelassenen **Lastkraftwagen**, die Ungarn im **Transit** durchfahren

[19.10.2017, Rs C-101/16, Paper Consult](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – **Recht auf Vorsteuerabzug** – Bedingungen für die Ausübung – Art 273 – Nationale Maßnahmen – **Bekämpfung** von **Steuerhinterziehung** und **-umgehung** – Von einem von der Steuerbehörde für ‚inaktiv‘ erklärten Steuerpflichtigen ausgestellte Rechnung – Gefahr der Steuerhinterziehung – **Versagung** des Rechts auf Vorsteuerabzug – Verhältnismäßigkeit – Ablehnung der Berücksichtigung von Nachweisen für das Nichtvorliegen einer Steuerhinterziehung oder eines Steuerverlusts – **Keine Begrenzung der zeitlichen Wirkungen** des zu erlassenden **Urteils**

[19.10.2017, Rs C-198/16 P, Agriconsulting Europe / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Außervertragliche Haftung** der Union – **Öffentlicher Dienstleistungsauftrag** – Operative technische Unterstützung beim Aufbau und bei der Verwaltung eines Netzwerks für die **Umsetzung** der **Europäischen Innovationspartnerschaft** ‚Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit‘ – Ablehnung des Angebots eines Bieters – **Ungewöhnlich niedriges Angebot** – Kontradiktorisches Verfahren

[19.10.2017, Rs C-200/16, Securitas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/23/EG – Art 1 Abs 1 – **Übergang** von **Unternehmen** oder Betrieben – Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer – **Pflicht** zur **Übernahme** der **Arbeitnehmer** durch den Erwerber – Erbringung von **Bewachungs- und Sicherheitsdienstleistungen** durch ein Unternehmen – Ausschreibung – Vergabe des Auftrags an ein anderes Unternehmen – **Keine Übernahme** des Personals – Nationale Bestimmung, die den Verlust eines Kunden seitens eines Wirtschaftsteilnehmers mit der Vergabe der Dienstleistung an einen anderen Wirtschaftsteilnehmer vom Begriff des Unternehmens- oder Betriebsübergangs ausnimmt

[19.10.2017, Rs C-281/16, Vereniging Hoekschevaards Landschap](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung** der **natürlichen Lebensräume** sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Durchführungsbeschluss (EU) 2015/72 – Liste von **Gebieten** von **gemeinschaftlicher Bedeutung** in der atlantischen biogeografischen Region – Verkleinerung eines Gebiets – **Wissenschaftlicher Irrtum** – Gültigkeit

[19.10.2017, Rs C-295/16, Europamur Alimentación](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2005/29/EG – **Unlautere Geschäftspraktiken** von Unternehmen gegenüber Verbrauchern – Anwendungsbereich der Richtlinie – Verkauf eines **Großhändlers an Einzelhändler** – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Nationale Regelung, die **Verlustverkäufe** allgemein verbietet – Ausnahmen, die auf Kriterien beruhen, die in der Richtlinie nicht vorgesehen sind

[19.10.2017, Rs C-303/16, Solar Electric Martinique](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie – Richtlinie 2006/112/EG – **Bauleistungen** – Französische überseeische Departements – Vom nationalen Recht für anwendbar erklärte Vorschriften – **Umsätze**, die mit dem **Vertrieb** und der **Installation** auf **Gebäuden** getätigt werden – Einordnung als **einheitlicher Umsatz** – Unzuständigkeit

[19.10.2017, Rs C-383/16, Vion Livestock](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Marktorganisation – **Schutz von Tieren** beim **Transport** – Ausfuhrerstattungen – Verordnung (EU) Nr 817/2010 – Verordnung (EG) Nr 1/2005 – Verpflichtung, bis zur Ankunft der Tiere am Ort der ersten **Entladung** im **Endbestimmungsdrittland** eine **Kopie** des **Fahrtenbuchs** auf dem **aktuellen Stand** zu halten – Wiedereinziehung zu viel gezahlter Beträge

[19.10.2017, Rs C-522/16, A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** und **Gemeinsamer Zolltarif** – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 201 Abs 3 Unterabs 2 sowie Art 221 Abs 3 und 4 – Verordnung (EWG) Nr 2777/75 – Verordnung (EG) Nr 1484/95 – **Zusätzliche Einfuhrzölle** – Künstliche Errichtung einer Struktur, mit der die geschuldeten Zusatzzölle umgangen werden sollen – **Unrichtigkeit** der einer **Zollanmeldung** zugrunde liegenden **Angaben** – Personen, die für die **Zollschuld haftbar** gemacht werden können – **Verjährungsfrist**

19.10.2017, Rs C-573/16, Air Berlin

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Indirekte Steuern** – Ansammlung von Kapital – Erhebung einer Steuer in Höhe von 1,5 % auf die **Übertragung** neu ausgegebener **Aktien** oder von Aktien, die an einer Börse eines Mitgliedstaats notiert werden sollen, auf **einen Abrechnungsdienst** (clearance service)

B. SCHLUSSANTRÄGE

18.10.2017, Rs C-467/16, Schlömp (GA Szpunar)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Lugano-II-Übereinkommen** – Art 27 und 30 – Rechtshängigkeit – Begriff ‚**Gericht**‘

19.10.2017, verb Rs C-274/16, C-447/16 und C-448/16, flightright (GA Bobek)

Vorabentscheidungsersuchen – Verordnungen (EG) Nr 44/2001 und (EU) Nr 1215/2012 – Gerichtliche Zuständigkeit für Ansprüche nach der Verordnung (EG) Nr 261/2004 – **Flugverspätung** – Flugreise in Teilstrecken – Begriff ‚Ansprüche aus einem Vertrag‘ – Dienstleistungen – **Erfüllungsort** – Beklagter mit **Sitz** in einem **Drittstaat**

19.10.2017, Rs C-395/16, DOCERAM (GA Saugmandsgaard Øe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges und gewerbliches Eigentum – **Gemeinschaftsgeschmacksmuster** – Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Art 8 Abs 1 – **Erscheinungsmerkmale** eines **Erzeugnisses**, die ausschließlich durch dessen **technische Funktion bedingt** sind – Konturen dieses Begriffs – Beurteilungskriterien

C. GERICHT

Keine (relevanten) Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

12.10.2017, Beschwerde Nr 75604/11, *Adyan ua / Armenien*

Verletzung von **Art 9 EMRK** (Glaubensfreiheit); Wehrdienstverweigerung der Bf aufgrund ihres Glaubens; Verurteilung der Bf und Mangel an Alternativen zum Wehrdienst stellt einen **Verstoß** gegen die **Glaubensfreiheit** dar

12.10.2017, Beschwerde Nr 26073/13, *Cafagna / Italien*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Verurteilung des Bf alleine auf Grundlage der Aussage eines später flüchtigen Zeugen stellt einen **Verstoß** gegen das Recht auf **Zeugenvernehmung** dar

12.10.2017, Beschwerde Nr 46852/13, *Burmych ua / Ukraine (GK)*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren) und **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); **Konventionswidrigkeit** durch die **Nichtvollstreckung** von Gerichtsurteilen zum Nachteil der Bf und das Fehlen eines innerstaatlichen Rechtsmittels; Streichung dieser Beschwerde und mehr als 12 000 weiterer Beschwerden aus dem Register und sofortige Überweisung an das Ministerkomitee auf der Grundlage des **Piloturteils Ivanov / Ukraine**

17.10.2017, Beschwerde Nr 101/15, *Navalnyy / Russland*

Verletzung von **Art 7 EMRK** (nulla poena sine lege) und **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Verurteilung der Bf wegen Betrugs; **Verstoß** gegen den Grundsatz **nulla poena sine lege** und das **Recht auf ein faires Verfahren** aufgrund **unvorhersehbarer Gesetzesanwendung** und **willkürlicher Prozessführung**

19.10.2017, Beschwerde Nr [71233/13](#), *Fuchsmann / Deutschland*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); Erklärungen über angebliche Straftaten des Bf in der Online-Ausgabe der New York Times stellen **keinen Verstoß** gegen das **Recht auf Privatleben** dar; **Gleichgewicht** zwischen dem Recht auf Privatleben des Bf und der Pressefreiheit der New York Times gewahrt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.